



NFP 52 Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen

IMPULSE

**Impulse für eine politische Agenda
aus dem Nationalen Forschungsprogramm
Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen (NFP 52)**

Herausgegeben von der Leitungsgruppe



SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG

Impressum

Herausgeberin:

Leitungsgruppe des NFP 52

Gestaltung:

VischerVettiger Kommunikation und Design AG,
Basel

Bern, Juni 2007

Diese Publikation kann auch in Französisch
und Italienisch kostenlos bestellt werden bei:
Schweizerischer Nationalfonds,
Abt. IV, NFP 52, Postfach 8232, 3001 Bern
oder nfp@snf.ch

Mit dieser Publikation fasst die Leitungsgruppe des NFP 52 die Essenz der Impulse und Vorschläge, die aus den 29 Forschungsprojekten des Programms resultieren, zu einer politischen Agenda zusammen. Sie ist als Beitrag der «Science» zur Diskussion in der «Cité» gedacht und konzipiert. Als Grundlage und Orientierungshilfe für politische Entscheide richtet sie sich primär an Politikerinnen und Politiker auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sowie an alle, die sich für eine generationenübergreifende Kinder-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik interessieren.

Inhalt

2 Das NFP 52: Dort forschen, wo sich gesellschaftliche Zukunftsfragen stellen

4 Übersicht

Erkenntnisse aus dem NFP 52 – Impulse und Vorschläge für die Politik

6 Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen (1)

11 Leistungspotenziale der Familie (2)

15 Kenntnisse der Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen (3)

19 Chancengleichheit unter Kindern und Jugendlichen (4)

23 Generationensolidarität (5)

27 Publikationen aus dem NFP 52

28 Die Forschungsprojekte des NFP 52 auf einen Blick

Adressen

Das NFP 52: Dort forschen, wo sich gesellschaftliche Zukunftsfragen stellen

Der Bundesrat beauftragte im August 2000 den Schweizerischen Nationalfonds mit der Durchführung des Nationalen Forschungsprogramms «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» (NFP 52). Das Ziel des NFP 52 ist es, über die Lebensverhältnisse und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der schweizerischen Gegenwart und Zukunft neue Einsichten zu gewinnen. Besonderes Augenmerk wird dem Verhältnis zwischen den Generationen geschenkt. Die Ergebnisse der Arbeiten sollen praxisnahe Grundlagen liefern und zu konkreten Umsetzungsmassnahmen führen.

Mit den zur Verfügung stehenden 12 Millionen Franken wurden 29 Forschungsprojekte finanziell unterstützt. Die ersten Projekte starteten ihre Arbeit im April 2003; Projektabschluss und Programmende für das ganze NFP 52 ist 2007. Eine Übersicht mit allen Forschungsprojekten folgt auf Seite 28 und kann unter www.nfp52.ch eingesehen werden.

Die Leitungsgruppe des NFP 52 (Stand Juni 2007)

Die Leitungsgruppe ist über die ganze Programmdauer strategisch tätig. Als gestaltendes Gremium verleiht sie dem Programm Profil und gewährt die nötige Kontinuität und Kohärenz in den Entscheidungen. Sie organisiert und überwacht die wissenschaftliche Koordination und evaluiert den Fortschritt der Forschungsprojekte sowie jenen der Umsetzungsaktivitäten der einzelnen Projekte und des ganzen NFP.

— **Prof. Pasqualina Perrig-Chiello (Präsidentin)**

Institut für Psychologie, Universität Bern

— **Prof. Barbara Buddeberg-Fischer**

Abt. für Psychosoziale Medizin, Universitätsspital Zürich

— **Prof. Martin Kohli**

European University Institute, San Domenico di Fiesole, Italien

— **Prof. Cléopâtre Montandon**

Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation,
Université de Genève

— **Prof. Franz Schultheis**

Département de sociologie, Université de Genève

— **Prof. Stephan Wolf**

Zivilistisches Seminar, Universität Bern

Delegierter des Nationalen Forschungsrates des SNF, Abt. IV

Prof. Christian Suter
Institut de sociologie, Université de Neuchâtel

Vertreterin des Bundes

lic. phil. Ruth Calderón-Grossenbacher
Bundesamt für Sozialversicherungen, Bern

Programmkoordinatorin

Dr. Stephanie Schönholzer
Schweizerischer Nationalfonds, Abt. IV, Bern

Umsetzungsbeauftragter

lic. rer. pol. Dominik Büchel
advocacy ag, communication and consulting, Basel

Bedeutende Fragen mit wissenschaftlichen Methoden einer Beantwortung zuführen

Die Nationalen Forschungsprogramme (NFP) leisten wissenschaftlich fundierte Beiträge zur Lösung dringender Probleme von nationaler Bedeutung. Die Themen werden vom Bundesrat vorgegeben. Die Auseinandersetzung mit wichtigen Gegenwartsproblemen erfordert meist interdisziplinäre Forschungsansätze und eine enge Zusammenarbeit der Forschenden mit der Praxis. NFP dauern 5 bis 6 Jahre – 1 Jahr für Projektauswahl, 3 bis 5 Jahre Forschung und 1 bis 2 Jahre Umsetzung – und sind mit 5 bis 20 Millionen Franken dotiert.

Will die Wissenschaft ein Problem lösen helfen, ist dafür zu sorgen, dass neue Erkenntnisse und Technologien den Weg in die Praxis finden. Deshalb werden Praktikerinnen und Praktiker in den Leitungs-, Forschungs- und Begleitgruppen der NFP von Beginn weg einbezogen. Verwaltungsstellen von Bund, Kantonen und Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Unternehmen partizipieren in jeder Phase eines NFP.

Die NFP bieten so die einmalige Chance, eine Wissenschaftsagenda gezielt auf neue und dringende Fragen aus Gesellschaft und Politik auszurichten.

Weitere Informationen zu den Nationalen Forschungsprogrammen finden Sie unter www.snf.ch.

Übersicht

Das NFP52 leistet Beiträge zur Konzeption einer zukunftsgerichteten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik und stellt die wissenschaftlichen Erkenntnisse in den Dienst einer allgemeinen, generationenübergreifenden Gesellschaftspolitik. Seine Ergebnisse sind auch für die Stärkung einer positiven Entwicklung der Situation von Kindern und Jugendlichen von Interesse. Besonderes Augenmerk wird dabei den Generationenbeziehungen geschenkt, welche unter den gegenwärtig ablaufenden demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen ins Zentrum des politischen Interesses rücken.

Aus der Vielfalt der Ergebnisse aller 29 Forschungsprojekte des NFP 52 stellen wir im Folgenden die wichtigsten Erkenntnisse zusammen. Sie sind in fünf Schwerpunkte gegliedert, welche bereits als Ausgangspunkt des NFP 52 feststanden. In diesen fünf gesellschaftspolitischen Bereichen wurden von den Forschungsergebnissen des NFP 52 Beiträge zur politischen Debatte erwartet: Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen, Leistungspotenziale der Familien, Kenntnisse über die Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen, Chancengleichheit sowie Generationensolidarität.¹ Die Impulse für eine politische Agenda, welche sich aus einzelnen Erkenntnissen ergeben, zielen darauf ab, in diesen gesellschaftspolitischen Bereichen ihre Wirkung zu entfalten. Die politisch Verantwortlichen können diese Impulse aufnehmen und umsetzen, soweit aus ihrer Sicht Handlungsbedarf besteht. Es liegt im Wesen von politischen Vorschlägen, dass sie in erster Linie an das Gemeinwesen adressiert werden. Darüber hinaus ist aber auch Eigen- und Selbstinitiative erwünscht und förderungswürdig.

¹ Vgl. dazu den Ausführungsplan des NFP 52 aus dem Jahre 2001, zu beziehen unter www.nfp52.ch

Erkenntnisse aus dem NFP 52

Impulse für eine politische Agenda

1 Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen

- In der Förderung von Kompetenzen und der Partizipation von Kindern und Jugendlichen liegen ungenutzte Potenziale, von denen die Gesellschaft in vielen Bereichen profitieren könnte.
- Kinder und Jugendliche haben oft nicht ausreichenden Einfluss auf behördliche Verfahren, die sie selber betreffen.
- Das Potenzial der Gewaltprävention bei Kindern, Jugendlichen und Eltern wird im Allgemeinen nicht ausgeschöpft.
- Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen haben oft nur begrenzt Zugang zu professionellen Ansprechpersonen.

Die Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen müssen stärker berücksichtigt und besser gestützt werden.

2 Leistungspotenziale der Familien

- Viele Eltern verfügen nicht über ausreichend entwickelte Erziehungskompetenzen, um ihre Kinder bestmöglich zu fördern.
- Die Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden im Allgemeinen zu wenig in deren Integration einbezogen.
- Es bestehen Hindernisse, die vielen Eltern die egalitäre Rollenteilung erschweren.

Die Leistungspotenziale der Familie müssen vermehrt genutzt und besser gefördert werden.

3 Kenntnisse der Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen

- Die statistischen Kenntnisse über die Bedingungen, in denen Kinder und Jugendliche in der Schweiz aufwachsen, sind lückenhaft.
- Es herrschen viele falsche Vorstellungen und Stereotypen über Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Lebensumstände.
- Es fehlt eine klare Definition der Armut in Bezug auf Familien und Haushalte. Dadurch ist die Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen oft umstritten.

Die Kenntnisse über die Lebensumstände und ihre Verursachung sowie die empirischen Grundlagen für eine effiziente Kinder- und Jugendpolitik müssen verbessert werden.

4 Chancengleichheit unter Kindern und Jugendlichen

- Kinder von Eltern mit einem tieferen Bildungsgrad haben im Allgemeinen schlechtere Chancen auf eine höhere Bildung als Kinder von gut gebildeten Eltern.
- Kinder aus ärmeren Haushalten haben im Allgemeinen schlechtere Zukunftschancen als Kinder, die in wirtschaftlich besser gestellten Haushalten aufwachsen.
- Für Kinder wirkt sich ein Migrationshintergrund in der Regel negativ auf die soziale Mobilität aus.
- Der Föderalismus kann dazu beitragen, dass in gewissen Bereichen für Kinder und Jugendliche je nach Wohnort unterschiedliche Chancen bestehen.

Die Chancengleichheit unter Kindern und Jugendlichen muss realisiert werden.

5 Generationensolidarität

- Vermögensübertragungen durch Erbschaften kommen immer weniger der Familiengründung oder dem Aufbau einer eigenen Existenz zugute.
- Familien sind in vielen Gebieten der Schweiz mit der Betreuung von unterstützungsbedürftigen Verwandten alleingelassen und überfordert. Es fehlt vielerorts an öffentlichen Unterstützungsangeboten für betreuende Familien.
- Lückenhafte Vorstellungen über die Rolle einzelner Generationen in der Gesellschaft und unterschiedliche Erwartungshaltungen zwischen den Generationen sind der Generationensolidarität abträglich.
- Intakte Generationenbeziehungen sind der zentrale soziale Ort der Weitergabe von Werten.

Die Generationensolidarität muss vertieft werden.

1

Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen

Erkenntnisse aus dem NFP 52 – Impulse und Vorschläge für die Politik

Das Verständnis des Kindes in Wissenschaft und Gesellschaft hat sich gewandelt. Während Kinder früher vornehmlich aus der Perspektive des Schutzes und der Fürsorge betrachtet wurden, stehen heute zusätzlich Aspekte der Emanzipation und der Partizipation im Mittelpunkt. Kinder und Jugendliche sollen ihre eigene Situation mitgestalten und aktiv an der Gesellschaft teilnehmen. Auch die Bundesverfassung hält seit 1999 fest, dass Kinder und Jugendliche Anspruch auf Förderung ihrer Entwicklung haben und ihre Rechte im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit ausüben (Art. 11 BV).

Kinder und Jugendliche in der Schweiz können heute ihre Bedürfnisse vermehrt einbringen und werden öfter angehört als früher. Das Potenzial, das in gestärkten Handlungskompetenzen und einer erhöhten gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen steckt, ist jedoch noch lange nicht ausgeschöpft. Das belegen die nachfolgend vorgestellten Studienergebnisse des NFP 52.

1.1

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Für eine erfolgreiche Partizipation sind soziale Kompetenzen wie Mitgefühl und Verantwortungsbereitschaft, aber auch die Bereitschaft, sich anzustrengen, unabdingbar. Im Rahmen des Schweizer Jugend-Surveys COCON unter der Leitung der Soziologin Marlis Buchmann wird untersucht, wie sich diese Kompetenzen entwickeln. Die Studienergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Heranwachsenden in der Schweiz, entgegen der vorherrschenden Meinung, über ein hohes Mass an Mitgefühl verfügt und eine grosse Bereitschaft zeigt, Verantwortung zu übernehmen. Auch die Bereitschaft, sich anzustrengen, ist bereits bei 15-Jährigen hoch und steigert sich noch im jungen Erwachsenenalter. Fördernde Faktoren für die Entwicklung dieser Kompetenzen sind vertrauensvolle Beziehungen in der Familie, ein Gefühl des Eingebettetheits in der Schule und ein reger Austausch mit Gleichaltrigen in vielfältigen Freizeitaktivitäten.

Trotz hoher Bereitschaft seitens der Kinder und Jugendlichen ist es um ihre Partizipation nicht gut bestellt. Bereits in einer Unicef-Studie aus dem Jahr 2003 wies der Erziehungswissenschaftler Reinhard Fatke darauf hin, dass Kinder zwar in der Familie partizipieren, die Teilhabe in der Schule und noch ausgeprägter in der Gemeinschaft aber viel schwächer ist. Ein Beispiel dafür liefert die Volkskundlerin und Architektin Gabriela Muri in ihrer Studie zu städtischen Kinder- und Jugendszenen in der Öffentlichkeit. Es fällt auf, dass die öffentlichen Plätze in der Stadt – am Beispiel der Parks im neu gebauten Stadtteil Oerlikon Nord in Zürich –, welche mehrheitlich von Jugendlichen genutzt werden, ausschliesslich aus der Erwachsenenperspektive konzipiert sind. Kinder und Jugendliche haben offensichtlich kaum Gelegenheit, die Räume, in denen vornehmlich sie selbst sich aufhalten und deren Aneignung für ihre Entwicklung wichtig ist, mitzugestalten. Und

dies obwohl gerade Kinder und Jugendliche erstaunliche Urbanitätsvorstellungen und Expertenwissen über öffentliche Räume entwickeln.

Was für die räumliche Gestaltung gilt, trifft nach der Studie des Volkskundlers Walter Leimgruber auch auf die zeitliche Gestaltung zu. Zeitstrukturen werden in der Regel von Erwachsenen vorgeschrieben. Die Zeitbedürfnisse von Kindern werden viel zu wenig im intergenerationellen Dialog geklärt. Dabei sind partizipative Auseinandersetzungen gerade im familiären Umfeld wichtig und versprechen, sich positiv auf die Handlungskompetenzen der Kinder auszuwirken. Diese Annahme wird durch die Studie des Psychologen Alain Clémence gestützt. Er untersuchte die partizipative Dimension in verschiedenen Erziehungsstilen und ihre Auswirkung auf die schulische Leistung in den Fächern Französisch und Mathematik. Die Studie zeigt, dass Kinder, die partizipativ erzogen werden und von ihren Eltern in Entscheidungen mit einbezogen werden, bessere Schulleistungen erzielen.

1.2

Kinder und Jugendliche in behördlichen Verfahren

Wenn Behörden in das Familienleben eingreifen müssen und Kinder zu Betroffenen von behördlichen Verfahren werden, haben sie oft nicht ausreichend Gelegenheit, sich einzubringen. Ein Beispiel dafür, untersucht von der Juristin Andrea Büchler und der Psychologin Heidi Simoni, ist die Praxis rund um die Kindesanhörung im Scheidungsfall. Im Jahr 2004 waren in der Schweiz 13 690 unmündige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen. Das Forschungsteam hat in einer breit angelegten Studie die Realität und die Lebenslage von Eltern und Kindern im Scheidungsverfahren und nach der Scheidung aus juristischer und pädagogisch-psychologischer Perspektive erforscht. Eines der Ergebnisse der Studie ist, dass nur ein Drittel der betroffenen Kinder zur Anhörung vor Gericht eingeladen und nur gerade ein Zehntel tatsächlich angehört wird. Zudem weisen die Anhörungen nach Auskunft befragter Kinder Mängel auf. Der Stimme der Kinder kommt zu wenig Gewicht zu. Daraus resultiert, dass die Frage nach dem Sorgerecht oft mit Blick auf die Gerechtigkeit zwischen den Eltern und nicht auf das Kindeswohl, als wichtigstes Kriterium, angegangen wird.

Ähnliches lässt sich bei Verfahren zur Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen beobachten. Fremdplatzierungen werden aus Gründen des Kindsschutzes oder als Strafmassnahme vorgenommen. Kurt Huwiler von der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime konnte in seiner Studie nachweisen, dass die bearbeitenden Sozialarbeiter/-innen die Partizipation der Kinder und Jugendlichen am Prozess der Fremdplatzierung als weniger wichtig einschätzen als die Teilhabe der Eltern. Auch wenn den Möglichkeiten, die betroffenen Kinder und Jugendlichen mit einzubeziehen, oft enge Grenzen gesetzt sind, ist es wichtig, die Partizipation aller am Platzierungsprozess Beteiligten anzustreben.

1.3

Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen

Für die Einstellung der Kinder zu Gewalt spielen traditionelle Rollenbilder und Stereotypen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Gemäss der Studie der Pädagogin Corinna Seith über Kinder, die mit häuslicher Gewalt leben, betrachtet eine kleinere Gruppe der befragten Kinder Gewalt gegenüber Frauen als legitim. Diese Rollenbilder können zur Folge haben, dass Frauen später erfahrene Gewalt falsch interpretieren und dass Männer Gewalt unkritisch als Teil eines maskulinen Rollenbildes verstehen. Hier ist eine vermehrte Thematisierung der häuslichen Gewalt und der Sensibilität dafür – gerade auch in Schulen – notwendig.

Trotz der häufig geäusserten Forderung, dass Prävention antisozialen Verhaltens früh ansetzen sollte, gibt es wenig empirische Belege für deren Wirksamkeit. Zwei Studien im Rahmen des NFP 52 versuchen, diese wissenschaftlich wie sozialpolitisch relevante Forschungslücke zu beleuchten. So zeigt die Psychologin Françoise Alsaker, dass Mobbing als aggressives Verhalten bereits im Kindergarten ein Problem ist und rund 13% der Kinder Opfer von Mobbing sind. 45% der Kinder sind entweder Mobbingopfer oder Täter. Kinder, die im Kindergarten aggressiv sind, haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, aggressiv zu bleiben. Das durchgeführte Präventionsprogramm erfreute sich einer hohen Akzeptanz seitens der Kinder, Lehrpersonen und Eltern und zeitigte Wirkung. Jedoch wird die Möglichkeit, damit schon früh präventiv zu wirken, dadurch gehemmt, dass Kindergärtnerinnen und Kindergärtner Mobbing oft gar nicht als solches erkennen.

Manuel Eisner vom Kriminologischen Institut der Universität Cambridge hat im Rahmen des «Zürcher Interventions- und Präventionsprojekts an Schulen, zipps» zwei unterschiedliche Präventionsprogramme auf ihre Wirkung hin untersucht: das Elterntrainingsprogramm Triple P (Positive Parenting Program), welches elterliche Erziehungscompetenz fördern will,

und das Programm zur Förderung alternativer Denkstrategien (PFAD), welches in Schulen durchgeführt wird und auf die Förderung der kognitiven und sozialen Fähigkeiten bei Kindern abzielt. Die Untersuchungen kommen zum Ergebnis, dass beide Programme positive Effekte haben, wenn diese auch zum Teil hinter den Erwartungen zurückbleiben. Eltern, die Triple P regelmässig besucht haben, haben ihr Erziehungsverhalten nachhaltig verbessert: Die Anwendung von körperlicher Gewalt geht zurück, die Eltern reagieren weniger impulsiv und das Familienklima verbessert sich. Hingegen konnte keine Wirkung des Elterntrainingsprogramms auf das Verhalten der Kinder nachgewiesen werden. Für Kinder aus Klassen, in denen PFAD durchgeführt wurde, konnte dieser Zusammenhang erhärtet werden. Eltern nehmen in diesen Klassen einen Rückgang aggressiven Verhaltens und nicht aggressiver Verhaltensweisen wie Lügen oder Stehlen wahr. Das Potenzial von Präventionsprogrammen wird jedoch längst nicht voll ausgeschöpft: Eltern werden nicht früh genug, nämlich bereits wenn die Kinder im Vorschulalter sind, für Elterntrainingsprogramme gewonnen. Und auch bei Kindern wird die Förderung sozialer Kompetenzen nicht ausreichend früh und kontinuierlich durch alle Schulstufen hindurch thematisiert.

1 Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen

1.4 Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche

Für die Entwicklung von Handlungskompetenzen ist ein solides Netz an Ansprechpartnern von grosser Bedeutung. Wenn Kinder und Jugendliche sich in einer schwierigen Situation befinden, brauchen sie Bezugspersonen, denen sie vertrauen und die ihnen weiterhelfen können. Oft fehlen diese Ansprechpartner, die Betroffenen kennen entsprechende Angebote nicht oder der Zugang ist erschwert. Dazu kommt, dass Kinder und Jugendliche sich oft nicht trauen, Hilfe zu holen, da sie negative Konsequenzen fürchten. Corinna Seith legt in ihrer Studie dar, dass es für Kinder und Jugendliche, die häusliche Gewalt erleben, von zentraler Bedeutung ist, dieses Thema in offenen Gesprächen verarbeiten zu können. Dies wird heute dadurch gehemmt, dass die bei Betroffenen bestehenden Barrieren, sich an Aussenstehende zu wenden, von Schulen und Jugendorganisationen zu wenig aktiv angegangen werden. Es fehlen Institutionen, welche sich gezielt an betroffene Jugendliche und Kinder wenden. So sind etwa bestehende Einrichtungen, wie die ambulanten Opferhilfeberatungsstellen, nicht genügend auf die Bedürfnisse dieser speziellen Klientel ausgerichtet.

In der Schweiz haben rund 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren eine psychische Belastung. Bei einem Viertel unter ihnen besteht Handlungsbedarf. Eine nicht geringe Zahl der Kinder und Jugendlichen wird jedoch nie von fachlicher Seite untersucht und gegebenenfalls behandelt. Der Psychologe Christoph Käppler untersucht im Rahmen der «Access to Mental Health in Children (AMHC) Study», wie es gelingen kann, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen Unterstützung im Gesundheitssystem suchen und finden. Die Studie zeigt, dass der Zugang und die Qualität des Angebots verbessert werden können, wenn auf die Perspektive der Kinder und Jugendlichen als Patienten geachtet wird. Zum Bei-

spiel unterscheiden sich die Konzepte psychischer Gesundheit und Krankheit, aber auch die damit verbundenen Handlungsstrategien zwischen Kindern und Jugendlichen einerseits und Eltern andererseits. Kinder und Jugendliche tendieren eher dazu, psychische Probleme zu bagatellisieren oder sich davon abzulenken, als ihre Eltern. Sie ziehen weniger in Erwägung, sich an andere – etwa Eltern, Geschwister oder Freunde – oder öffentliche Hilfsangebote zu wenden.

In der Tat tragen Kinder und Jugendliche oft Fragen und Probleme mit sich herum, die sie mit niemandem im Umfeld besprechen können oder wollen. Der Psychologe Eberhard Scheuer hat in seiner Studie zum Hilfesuchverhalten in medizinischen Onlineberatungen nachgewiesen, dass gerade Jugendliche, die eine weniger gute Beziehung zu den Eltern und eine tiefere Selbstwirksamkeitsüberzeugung haben, sich an diese anonymen Angebote wenden. Die Anforderungen an die Beratenden hinsichtlich Fachwissen und Erfahrung sind deshalb besonders hoch. Bis heute gibt es für Jugendliche keine Möglichkeit, die Beratungsqualität im Internet einzuschätzen.

Vorschläge für eine Politik, welche die Handlungskompe- tenzen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und fördert

Jugendliche verfügen über ein Potenzial für die Gestaltung des öffentlichen Raums, das nur unzureichend genutzt wird. Die kommunalen Behörden für Bau- und Planungsfragen könnten im Interesse aller Generationen und der Gesellschaft als Ganzes Strategien entwickeln, um Kinder und Jugendliche vermehrt in Planung und Bewirtschaftung öffentlicher Räume einzubeziehen. Dies könnte zu attraktiveren Räumen und zu einem erhöhten Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen beitragen.

Für Kinder und Jugendliche, die sich an Onlinegesundheitsberatungen wenden, ist es schwierig, die verschiedenen Angebote nach ihrer Qualität zu unterscheiden. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) könnte die Einführung eines Systems zur Qualitätssicherung und eine entsprechende Information der Konsumenten prüfen.

Die Forschung zeigt, dass das zurzeit gültige Modell, in welchem das gemeinsame elterliche Sorgerecht nach der Scheidung nur auf Begehren der Eltern hin angewendet wird, nicht zu einer egalitären Aufgabenteilung zwischen Müttern und Vätern beiträgt und Spannungen zwischen den geschiedenen Eltern nicht zu entschärfen vermag. Die elterliche Sorge sollte folglich von Gesetzes wegen – auch nach der Scheidung – beiden Elternteilen zustehen und einzig aus Erwägungen des Kindesschutzes entzogen werden. Der Gesetzgeber könnte eine dahingehende Anpassung prüfen.

Aggressives Verhalten im Vorschulalter wird oft nicht als solches erkannt. Um Mobbing im Kindergarten zu verhindern und so auch Gewaltbereitschaft in späteren Lebensabschnitten vorzubeugen, könnten die kommunalen und kantonalen Erziehungsbehörden Kindergärten/-innen gezielt in Gewaltprävention weiterbilden.

Präventionsprogramme können eine unter mehreren Massnahmen sein, um das Auftreten von aggressivem Verhalten bei Kindern und Jugendlichen zu verringern. Damit diese Programme ihre Wirkung entfalten können, ist es entscheidend, dass Eltern und Kinder aus allen Schichten, auch aus schwieriger erreichbaren bildungsfernen Gruppen und Gruppen mit Migrationshintergrund, früh und dauerhaft für die Nutzung der Programme motiviert werden. Die kantonalen Schuldepartemente könnten die Förderung sozialer Kompetenz vermehrt bereits ab Krippen- und Kindergartenstufe in die Schulziele integrieren und altersgerechte Angebote entwickeln.

Kinder, die häusliche Gewalt erleben, haben nur schwer Zugang zu spezialisierten Ansprechpersonen. Die Schule könnte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen, indem häusliche Gewalt im Unterricht vermehrt thematisiert würde. Dies würde auch zum Überdenken falscher Rollenbilder beitragen. Daneben könnten die Kantone einen spezifisch an den Bedürfnissen der betroffenen Kinder orientierten Ausbau der Opferhilfeeinrichtungen prüfen.

Oft versäumen Eltern von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen, rechtzeitig fachliche Hilfe zu beanspruchen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) könnte Strategien für ein optimiertes Angebot an differenzierter und leicht zugänglicher Unterstützung prüfen. Dabei ist speziell auf die Patientenperspektive der Kinder und Jugendlichen zu achten. Der intergenerationale Transfer und die familiären Umstände der Kinder und Jugendlichen im Allgemeinen sind in diesem Zusammenhang ebenfalls von Bedeutung.

Es gibt Hinweise darauf, dass nicht alle Gerichte die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Kinder im Scheidungsverfahren konsequent anwenden. Diesem Problem könnte einerseits mit dem Ausbau des bestehenden Weiterbildungsangebots für Richter/-innen und juristische Sekretäre/-innen begegnet werden. Andererseits scheint angezeigt, die Prozesse (Einladungspraxis der Gerichte, Anforderungen an den Verzicht auf Anhörung, Positionierung der Kindesanhörung im Prozess) auf die Erhöhung der Anhörungsquote hin zu prüfen.

Referenzen

Projekte im Rahmen des NFP 52

- Françoise D. Alsaker (Institut für Psychologie, Universität Bern), Adrian Baumgartner, Brigitta Ganzenbein, Renate von Grünigen, Christof Nägele, Stefan Valkanover, Hans Gamper, Ralph-Ingo Hassnik, Shelley Hymel, Michel Boivin: **Mobbing im Kindergarten: Entstehung und Prävention.**
- Andrea Büchler (Lehrstuhl für Privatrecht, Universität Zürich), Heidi Simoni (Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Zürich), Linus Cantieni, Gabriela Häfliger, Tanja Melchert, Martina Rusch, Diana Baumgarten, Daniela Gloor, Hanna Meier: **Kinder und Scheidung: Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiäre Übergänge.**
- Marlis Buchmann (Jacobs Center for Productive Youth Development, Universität Zürich), Helmut Fend (Pädagogisches Institut, Universität Zürich), Tina Malti, Irene Kriesi, Regina Scherrer, Sybille Bayard, Maja Stoll, Marina Galletti: **Kontext und Kompetenz: Kinder- und Jugendsurvey Schweiz.**
- Alain Clémence (Institut des sciences sociales et pédagogiques, Université de Lausanne), Claude Albert Kaiser, Marianne Modak, Michel Nicolet, Tania Zittoun, Valérie Biétry, Delphine Gex-Collet, Nelly Sénac, Martine Diallo Constantin: **Wel-**

che Folgen haben neue Autoritätsformen auf die Entwicklung von Kindern in der Schule und in der Familie?

- Manuel Eisner (Institute of Criminology, University of Cambridge, UK), Denis Ribeaud, Gabrielle Frey, Ursula Meidert, Rahel Jünger, Christine Länger-Kramer, Stéphanie Bittel, Irina Keller, Phaedra Lehmann, Karin Manser, Nicole Suter, Morten Andersen, Daniel Bucheli, Gubert Dätwyler, Ruth Schmid: **Zürcher Projekt zur sozialen Entwicklung von Kindern.**
- Reinhard Fatke (Pädagogisches Institut, Universität Zürich), Matthias Niklowitz, Verena Riedo, Jürg Schwarz, Uta Strothotte, Melanie Stutz: **Was beeinflusst die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schule und in der Gesellschaft?**
- Kurt Huwiler (Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime), Barbara Raulf, Hannes Tanner, Claudia Arnold, Christine Schori, Tanja Wicki: **Pflegefamilien- und Heimplatzierungen in Planung und Vollzug.**
- Christoph Käppler (Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, D), Marta Gonçalves, Daria Gianella, Meichun Mohler-Kuo, Stefanie Höfler, Aristide

Peng, Sabine Zehnder, Susanne Inglin, Lucia Pancaldi, Grazia Spinedi, Rossimar Mätzler, Marcela Borges, Daniela Nussbaumer, Barbara Anastasi, Margarida Pacheco: **Psychische Gesundheit und Zugang zur öffentlichen Versorgung: die Sicht von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.**

Walter Leimgruber (Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie, Universität Basel), Justin Winkler, Ivo Muri, Laura Wehr: **Leben im Heute und ohne Zukunftssorgen? Kinder und ihr Umgang mit Zeit.**

Gabriela Muri (Institut für populäre Kulturen, Universität Zürich), Sabine Friedrich: **Bühnen der Öffentlichkeit: Kinder und Jugendliche setzen sich in Szene.**

Eberhard Scheuer (Abteilung E-Health, Universitäts- und Kinderspital Zürich), Thomas Pasch, Rachel Patricia Neuhaus-Bühler, Anja Frei, Sergio Stocker: **Die Internet-Generation. Ans Netz auch für ärztliche Hilfe?**

Corinna Seith (Pädagogisches Institut, Universität Zürich), Irene Böckmann: **Häusliche Gewalt aus Sicht von Kindern und Jugendlichen.**

Weitere Referenzen

Schwerpunkt Wenn Behörden ins Familienleben eingreifen, in: Bundesamt für Sozialversicherungen, Soziale Sicherheit 5/2006, Seiten 233–264, Bern, 2006.

Schweizer Kinder- und Jugendmanifest 2006. Damit Kinder und Jugendliche die Gesellschaft von heute und morgen mitgestalten können. Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, Bern, 2006.

Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989.

Erster Bericht der Schweizerischen Regierung zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 1. November 2000.

2 Leistungspotenziale der Familie

Erkenntnisse aus dem NFP 52 – Impulse und Vorschläge für die Politik

Gemäss Familienbericht 2004 lebt die Mehrheit der Menschen in der Schweiz nach wie vor in der Familie.² Mit Familie wird jene Lebensform bezeichnet, die in den Beziehungen von Eltern und Kindern im Mehrgenerationenverbund begründet und gesellschaftlich anerkannt ist.³ Familien leisten einen substanziellen Beitrag für unsere Gesellschaft durch die Erziehung der Kinder und Jugendlichen, aber auch durch die Unterstützung Pflegebedürftiger.

Diese Leistungspotenziale sind nötig und vorhanden. Jedoch weisen Studien des NFP 52 darauf hin, dass sie zu oft unzureichend gefördert und genutzt werden. Dies trifft in erhöhtem Ausmass auf Familien mit Migrationshintergrund zu. Oft hindern Barrieren im Schul- oder Betreuungssystem Familien, das zu leisten, was in ihrer Kraft stehen würde.

2.1 Erziehungspotenziale

Die Erziehung der Kinder und Jugendlichen ist eine zentrale Leistung der Familie und hat eine grosse Bedeutung für die Entwicklung und die späteren Chancen der Kinder. So kommt der Schweizer Kinder- und Jugendsurvey COCON von Marlis Buchmann zum Ergebnis, dass die Familie die wichtigste Rolle in der Entwicklung sozialer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen spielt, und belegt dies am Beispiel der Entwicklung der Kompetenz Mitgefühl. Es zeigt sich, dass insbesondere ein Erziehungsstil, der die Kinder darin unterstützt, neue Lern- und Lebenswelten zu entdecken, der Entwicklung sozialer Kompetenzen förderlich ist. Den Einfluss des Erziehungsstils auf die schulischen Leistungen hat auch das bereits erwähnte Projekt von Alain Clémence nachgewiesen. Die aktive Teilnahme und Mitwirkung der Kinder an Entscheidungen in der Familie führt zu besseren schulischen Leistungen. Dieser Erziehungsstil ist in den untersuchten Westschweizer Familien am weitesten verbreitet. Die weniger verbreiteten autoritären bzw. antiautoritären Erziehungsstile wirken sich dagegen eher negativ auf die schulischen Leistungen aus. Die gleiche Beobachtung wurde auch in Bezug auf das Selbstbewusstsein der Kinder gemacht. Dieses steigt erwartungsgemäss, wenn sie in Entscheidungen der Erziehenden mit eingebunden werden. Das Projekt des Sozial- und Präventivmediziners Felix Gutwiler beschäftigt sich mit dem Einfluss des Erziehungsstils auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Die Studie unterscheidet zwischen verschiedenen Erziehungsstilen, die jeweils durch die Unterstützungs- und Forderungsleistungen der Eltern geprägt sind. Der Erziehungsstil hat einen Einfluss auf gesundheitliche Merkmale der Jugendlichen. Jugendliche, die von ihren Eltern wenig Unterstützung erhalten, konsumieren häufiger Cannabis und Tabak, haben häufiger körperliche Befindlichkeitsstörungen und ein schlechteres Kohärenzgefühl. In der Zeit zwischen 1993 und 2003 haben die Er-

ziehungsstile, die durch tiefe Unterstützungsleistungen der Eltern geprägt sind, abgenommen. Allerdings sind sie in Familien, die in prekären strukturellen und kontextuellen Bedingungen leben, deutlich häufiger anzutreffen. Nach wie vor leben rund 14% der Familien in Umständen, die sich negativ auf die Erziehung und schliesslich die Gesundheit der Kinder auswirken. Gemäss der bereits erwähnten Studie von Manuel Eisner sind gerade diese Eltern schwer zu erreichen für Elterntrainingsprogramme, welche auf die Stärkung der Erziehungskompetenzen abzielen.

2.2 Integrationspotenziale

Insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist die Familie von grosser Bedeutung. Die Dynamik in der Familie und die Integration der Eltern ist oft bestimmend für die Integration der Kinder. Die Einschulung des ersten Kindes in der Schweiz bringt für die Familien einige einschneidende Veränderungen. Die Erziehungswissenschaftlerin Christiane Perregaux hat 36 Migrationsfamilien aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus befragt und diesen Schritt näher erforscht. Das Resultat zeigt, dass die Einschulung des ersten Kindes die Rolle der Familienmitglieder, den Sprachgebrauch und die Dynamik Familie – Schule massgeblich verändert. Das eingeschulte Kind übernimmt eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den Kulturen. Die Rolle der Eltern verändert sich. Die in der Schule gesprochene obligatorische Landessprache gewinnt auch in der Familie an Bedeutung und die Auseinandersetzung mit der Schule bringt eine Auseinandersetzung mit der eigenen Migration und Integration. Die Eltern sind jedoch nicht ausreichend in diesen Prozess einbezogen. Sie er-

² Familienbericht 2004: Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Eidg. Departement des Innern, Bern, 2004: Seite 24

³ Die Leistungen der Familie anerkennen und fördern: Strategische Leitlinien 2010. Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, Bern, 2005: Seite 9

leben die Schule als eine Institution des Zwangs und der Vorschriften, die sich nicht für ihre Erwartungen und Fragen interessiert. Dadurch wird ein bestehendes Leistungspotenzial der Familie, in ihrer eigenen Integration voranzuschreiten, nicht ausreichend genutzt.

Die Studie von Rosita Fibbi vom Forum für Migrations- und Populationsstudien an der Universität Neuchâtel untersuchte ebenfalls die Wechselwirkungen zwischen der intergenerationalen Dynamik in der Familie und der Integration der Kinder. Dabei zeigt sich, dass der Sprache zentrale Bedeutung zukommt. Wenn die Eltern die Sprache des Immigrationslandes gut beherrschen, wirkt sich das positiv auf die Chancen der Kinder, Fuss zu fassen und sozial aufzusteigen, aus. Jedoch haben auch die Kenntnisse der Kinder in ihrer Muttersprache einen positiven Effekt. Die Familie kann folglich ihr Potenzial hinsichtlich der Integration der Kinder am besten ausschöpfen, wenn die Eltern Letztere in der lokalen Sprache begleiten und unterstützen können, gleichzeitig aber auch der familiäre Zusammenhalt durch Kommunikation in der Muttersprache gewährleistet ist.

2.3

Potenziale der egalitären Rollenteilung

Eine egalitäre Rollenteilung zwischen den Eltern wird sowohl von den Partnern als auch von den Kindern positiv erlebt. In der Schweiz leben allerdings gemäss Volkszählung 2000 nur gerade 14% der Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren ein «egalitär-erwerbsbezogenes Modell», bei dem beide Partner Vollzeit beruflich tätig sind. Und nur 1% der Elternpaare praktiziert ein «egalitär-partnerschaftliches Modell», in dem beide Partner Teilzeit arbeiten und sich die Familienarbeit egalitär teilen. Margret Bürgisser vom Institut für Sozialforschung, Analyse und Beratung (ISAB) hat 1994 und 2004 Elternpaare, die dieses Modell leben, befragt. Zusätzlich wurde eine Befragung von Kindern aus den verschiedenen Familienmodellen durchgeführt. Die Resultate zeigen, dass die egalitäre Rollenteilung zwischen Eltern sich über die Zeit bewährt. Die Beziehungen sind auffallend stabil und die Eltern sowie die Kinder schätzen das Modell. Allerdings fällt auch auf, dass das Modell meist von sozial gut gestellten Elternpaaren gelebt wird, die im pädagogischen, therapeutischen oder medizinischen Bereich arbeiten. Die Studie zeigt auch, dass das egalitäre Modell heute viel breiter akzeptiert ist als noch vor zehn Jahren. Gerade viele junge Paare wünschen sich, ein egalitäres Modell zu leben. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, etwa das Angebot an Teilzeitstellen und familienergänzender Kinderbetreuung, erschweren nach wie vor die Verbreitung des Modells.

Die Situation der Kinderbetreuung in der Schweiz untersuchte Rolf Iten vom Forschungs- und Beratungsunternehmen Infrar. Gestützt auf eine repräsentative Befragung von insgesamt 750 Haushalten in der Schweiz und auf das bestehende Angebot an Betreuungsplätzen, konnte folgende Schätzung erstellt werden: Die Nachfrage beträgt heute ungefähr 84 000 Betreuungsplätze für insgesamt 164 000 Kinder. Bei einem aktuellen Angebot von 30 000 Betreuungsplätzen fehlen also rund

50 000 Plätze für 120 000 Kinder. Bereits im Jahr 2015 werden aufgrund der demografischen Entwicklung zwar weniger Betreuungsplätze nachgefragt werden. Der aktuelle Mangel aber schränkt den Handlungsspielraum für Elternpaare, die sich die Verantwortung für Kinder und Haushalt teilen wollen, ein.

Vorschläge für eine Politik, welche die Leistungspotenziale der Familie fördert

Es gibt Hinweise darauf, dass partizipative Erziehung der Entwicklung und der Leistungsfähigkeit der Kinder zuträglich ist. Die Gemeinden und Kantone könnten auch in den Schulen die partizipative Dimension im Unterricht weiter fördern.

Die Forschung zeigt, dass strukturelle Hindernisse es vielen Eltern erschweren, ein egalitäres Rollenmodell zu leben. Um dem Bedürfnis nach familienergänzender Betreuung Rechnung zu tragen, könnten die Kantone noch vermehrt eine Koordinationsfunktion für die Angebotsplanung der familienergänzenden Betreuungsplätze übernehmen.

Es gibt Hinweise darauf, dass Migrationseltern unabhängig von ihrer Motivation den Zugang zur Schule nur schwer finden. Gleichzeitig bilden sie eine der am schwierigsten erreichbaren Zielgruppen für Programme, welche die Erziehungskompetenzen stärken wollen.

Die Gemeinden könnten in Zusammenarbeit mit den Kantonen sicherstellen, dass Migrationselemente besser in die Prozesse der Schule einbezogen werden und damit auch für Förderungsprogramme besser erreichbar werden.

Betriebliche Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geben Eltern die Möglichkeit, sich für ein egalitäres Rollenmodell zu entscheiden. Das vom SECO herausgegebene «KMU-Handbuch Beruf und Familie» ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Umsetzung in Betrieben könnte weiterhin gefördert werden.

Sprachkompetenzen von Eltern und Kindern sowohl in der Sprache des Immigrationslandes wie auch in der Muttersprache können zur gelungenen Integration beitragen. Die Kantone könnten prüfen, wie vermehrt in niederschwellige Sprachkurse für Eltern einerseits und in die Förderung der Muttersprache bei den Kindern andererseits investiert und gleichzeitig die Nutzung der Angebote durch die Zielgruppe gesichert werden kann.

Die Familie spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Familienpolitische Leitbilder dienen als Orientierung für die Familienpolitik. In einigen Gemeinden und Kantonen sind bereits Familienleitbilder entstanden, die explizit auf die gesundheitsfördernde Rolle der Familie eingehen. Dieser Schritt in die richtige Richtung könnte von weiteren Gemeinden und Kantonen verfolgt werden.

Die Forschung liefert Hinweise darauf, dass Kinder aus prekären finanziellen Verhältnissen deutlich tiefere Gesundheitschancen haben. Durch gezielte Prävention könnten Bund und Kantone diese Entwicklung bremsen.

Referenzen

Projekte im Rahmen des NFP 52

Marlis Buchmann (Jacobs Center for Productive Youth Development, Universität Zürich), Helmut Fend (Pädagogisches Institut, Universität Zürich), Tina Malti, Irene Kriesi, Regina Scherrer, Sybille Bayard, Maja Stoll, Marina Gagetti: **Kontext und Kompetenz: Kinder- und Jugendsurvey Schweiz.**

Margret Bürgisser (Institut für Sozialforschung, Analyse, Beratung, ISAB), Diana Baumgarten, Inge Schröder, Gilbert Ganguillet, Zoé Arnold: **Rolleinteilung in der Familie: Wenn Papi kocht und Mami am Computer sitzt.**

Alain Clémence (Institut des sciences sociales et pédagogiques, Université de Lausanne), Claude Albert Kaiser, Marianne Modak, Michel Nicolet, Tania Zittoun, Valérie Biétry, Delphine Gex-Collet, Nelly Sénac, Martine Diallo Constantin: **Welche Folgen haben neue Autoritätsformen auf die Entwicklung von Kindern in der Schule und in der Familie?**

Manuel Eisner (Institute of Criminology, University of Cambridge, UK), Denis Ribeaud, Gabrielle Frey, Ursula Meidert, Rahel Jünger, Christine Länger-Kramer, Stéphanie Bittel, Irina Keller, Phaedra Lehmann, Karin Manser, Nicole Suter, Morten Andersen, Daniel Bucheli, Gubert Dätwyler, Ruth Schmid: **Zürcher Projekt zur sozialen Entwicklung von Kindern.**

Rosita Fibbi (Forum für Migrations- und Populationsstudien, Université de Neuchâtel), Claudio Bolzman, Mathias Lerch: **Familie und Eingliederung von Jugendlichen aus der Migration.**

Felix Gutzwiller (Institut für Sozial- und Präventivmedizin, Universität Zürich), Hans Wydler, Meichun Mohler-Kuo: **Erziehungsstile und Eltern-Kind-Beziehungen: Wie sie die Gesundheit der Kinder beeinflussen.**

Rolf Iten (Infras, Infrastruktur- und Entwicklungsplanung), Massimo Filippini, Susanne Stern, Sarah Menegale, Silvia Banfi, Daniela Pioro, Mehdi Farsi, Sergio Tassinari, Ria Schrottman: **Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung in der Schweiz.**

Christiane Perregaux (Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation, Université de Genève), Valérie Hutter, Nilima Changkakoti, Gladys Lecomte Andrade, Myriam Gremion: **Welche Veränderungen kann die Einschulung des Erstgeborenen in einer Immigrantenfamilie hervorrufen?**

Weitere Referenzen

Bericht über die Legislaturplanung 2003–2007: Die Strategie des Bundesrates. Eidg. Bundeskanzlei, Bern, 2004.

Familienbericht 2004: Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Eidg. Departement des Innern, Bern, 2004.

KMU-Handbuch Beruf und Familie. Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in kleineren und mittleren Unternehmen. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern, 2007.

Die Leistungen der Familie anerkennen und fördern: Strategische Leitlinien 2010. Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), Bern, 2005.

Familienleitbild des Kantons Luzern. Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern, Luzern, 2007.

3

Kenntnisse der Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen

Erkenntnisse aus dem NFP 52 – Impulse und Vorschläge für die Politik

Selbstredend ist eine effiziente Politik immer auf solide Kenntnis des Istzustands angewiesen. Dies verhält sich in der Kinder- und Jugendpolitik nicht anders.

Mit dem Familienbericht 2004⁴ liegt eine gute statistische Übersicht über die Situation von Familien in der Schweiz vor. Auch das Bundesamt für Statistik publiziert regelmässig Daten zu den Themen Bildung, Demografie und Familienstruktur, welche die Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche in der Schweiz aufwachsen, bis zu einem gewissen Grad beleuchten.

Mehrere der im Rahmen des NFP 52 durchgeführten Studien weisen jedoch zu Recht darauf hin, dass die Kenntnisse der Lebensumstände gewisser Gruppen – wie zum Beispiel der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – oft lückenhaft sind und sehr stereotyp wirken.

Sie zeigen, dass fehlende empirische Grundlagen die wissenschaftliche und politische Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen erschweren und simplifizierende Auffassungen dazu führen können, dass mangels besseren Wissens nicht die bestmöglichen Massnahmen getroffen werden.

3.1 Statistische Grundlagen der Politik

Die Kinder-, Jugend-, Familien- und Generationenpolitik muss sich auf eine gesicherte Datenbasis abstützen können. Oft fehlen aber gerade diese wichtigen statistischen Grundlagen. Der Demograf Philippe Wanner hat in seiner Studie den Werdegang von Kindern von der Geburt bis zum Verlassen des Elternhauses untersucht. Dies war ein relativ schwieriges Unterfangen, da herkömmliche Umfragen Personen nicht ab Geburt, sondern erst ab dem 16. Lebensjahr erfassen. Wanner stützte sich in seiner Untersuchung auf Daten der Volkszählung und der Zivilstandsämter. Um allerdings in Zukunft vermehrt empirische Erkenntnisse als Grundlage der Politik verwenden zu können, muss die statistische Datenlage zu den Lebensbedingungen von Kindern in der Schweiz dringend verbessert werden.

Einen substanziellen Beitrag zur kontinuierlichen wissenschaftlichen Beobachtung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz liefert der an anderer Stelle bereits ausführlich gewürdigte Kinder- und Jugendsurvey COCON unter der Leitung von Marlis Buchmann. Die Langzeitstudie erfasst drei verschiedene Alterskohorten, die alle drei Jahre befragt werden sollen.

3.2 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Es herrschen viele Vorstellungen darüber, wie Kinder mit einem Migrationshintergrund leben. So wird oft davon ausgegangen, dass Migrationskinder eine homogene Gruppe darstellen, die in einer Art «Parallelgesellschaft» lebt. Solche Vorstellungen haben möglicherweise einen Einfluss auf die Ausgestaltung von Integrationsanstrengungen seitens der Politik und der Gesellschaft. Heinz Moser von der Pädagogischen Hochschule Zürich widerlegt mit seiner Studie zum Mediennutzungsverhalten junger Migrantinnen und Migranten solche Stereotypen. Quantitative Befragungen von insgesamt knapp 1500 Schülerinnen und Schülern, darunter zwei Drittel Ausländerinnen und Ausländer, und eine qualitative Befragung von acht kurdisch-türkischen Familien haben ergeben, dass Migrationskinder sich in der Nutzung der Medien durchschnittlich nicht wesentlich von ihren Schweizer Kolleginnen und Kollegen unterscheiden. Zwar benutzen sie das Internet länger und schauen länger fern, dagegen gibt es mehr Migrationskinder, die das Internet gar nicht benutzen, und in der Nutzungsfrequenz des Fernsehschauers unterscheiden sie sich nicht von Schweizer Kindern. Zudem hat Moser herausgefunden, dass Migrationskinder ein höheres Interesse an Politik zeigen als Schweizer Kinder und sowohl in Sachen Bildung als auch in Sachen späterer Berufswahl hohe Ziele haben. Die untersuchten Migrationskinder sind demnach eine heterogene Gruppe, die unterschiedlichste Muster der Medienutzung aufweist. Vorstellungen von «Parallelgesellschaft» oder «Mediengetto» werden durch diese Forschungen als Stereotypen entlarvt.

Dass Migrationskinder und -jugendliche unter sehr unterschiedlichen Bedingungen aufwachsen und mit unterschiedlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, belegt nebst der bereits erwähnten Studie von Christiane Perregaux auch die Studie der Politologin Rosita Fibbi. Sie untersuchte, welche

⁴ Familienbericht 2004: Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Eidg. Departement des Innern, Bern, 2004

Formen die Integration von Kindern der neueren Immigrationswelle, die in den Neunzigerjahren in die Schweiz kamen, annimmt. Hier zeigt sich einerseits, dass sie im Gegensatz zu den Kindern der früheren Immigrationswellen, die vorwiegend aus Gastarbeitern bestanden, weniger erfolgreich integriert wurden. Andererseits zeigen sich Unterschiede je nach Herkunft. So haben Portugiesen bezüglich der intergenerationellen Mobilität bessere Chancen als Kroaten, Serben oder Bosnier, obwohl Letztere über ein höheres Bildungsniveau verfügen. Die allgemein schlechteren Chancen für Migrantinnen und Migranten, die Einkommensklasse ihrer Eltern zu verlassen, wird auch in der Studie der Ökonomin Regina Riphahn, wie an späterer Stelle ausführlicher besprochen, dargestellt.

3.3

Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in armen Verhältnissen leben, schockiert immer wieder und führt zu heftigen wissenschaftlichen und politischen Debatten. In der Tat ist Kinderarmut ein grosses Problem, das politisch angegangen werden muss. Jedoch kursieren hier unterschiedliche Eckdaten.

Der Ökonom Yves Flückiger hat in seinem Projekt zum Wohlstand der Kinder in der Schweiz und der intergenerationellen Übertragung von wirtschaftlichen Chancen die Äquivalenzskalen näher betrachtet. Äquivalenzskalen zeigen auf, um wie viel die Ressourcen eines Haushalts wachsen müssen, um mit einer Person mehr im Haushalt das gleiche Wohlstandsniveau zu erreichen. Aktuell werden die von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) definierten Äquivalenzskalen verwendet. So ist definiert, dass zum Beispiel ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und vier Kindern 2,14-mal so viele Ressourcen benötigt wie ein Singlehaushalt. Da solche Äquivalenzskalen verwendet werden, um öffentliche Unterstützungsleistungen zu bestimmen, sind sie von grösster Wichtigkeit. Flückiger nimmt diese Skalen näher unter die Lupe und konstruiert anhand von Einkommenserhebungen und Zufriedenheitserhebungen neue Äquivalenzskalen. Entgegen bisherigen Annahmen kommt er zum Schluss, dass wahrscheinlich kinderreichere Familien in der als «arm» definierten Bevölkerung deutlich überrepräsentiert sind, während kleinere Haushalte wohl unterrepräsentiert sein dürften. Im Klartext: Es besteht die Gefahr, dass ausgerechnet die bedürftigsten Personen nicht genügend in den Genuss von Unterstützungsleistungen kommen. Eine Diskussion über die Tauglichkeit der Äquivalenzskalen scheint deshalb dringend nötig.

Vorschläge für eine Politik zugunsten besserer Kenntnisse der Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz

Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen wird in der Schweiz nicht ausreichend statistisch erfasst. Die Kantone könnten die Einführung eines neuen Meldewesens zur besseren statistischen Erfassung der Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen prüfen.

Es gibt Hinweise darauf, dass gängige stereotype Bilder von zugewanderten Jugendlichen einen verzerrenden Einfluss auf die sie betreffende Politik haben. Dem könnte damit begegnet werden, dass Politiker auf allen Staatsebenen in ihrem Diskurs über Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die neuesten wissenschaftlichen Einsichten berücksichtigen.

Die Forschung zeigt, dass bestimmte geläufige Armutsdefinitionen zu falschen Schlüssen über Kinderarmut in der Schweiz führen können. Die SKOS und die damit befassten Bundesstellen könnten die hierbei verwendeten Äquivalenzskalen kritisch prüfen.

Referenzen

Projekte im Rahmen des NFP 52

Marlis Buchmann (Jacobs Center for Productive Youth Development, Universität Zürich), Helmut Fend (Pädagogisches Institut, Universität Zürich), Tina Malti, Irene Kriesi, Regina Scherrer, Sybille Bayard, Maja Stoll, Marina Galletti: **Kontext und Kompetenz: Kinder- und Jugendsurvey Schweiz.**

Rosita Fibbi (Forum für Migrations- und Populationsstudien, Université de Neuchâtel), Claudio Bolzman, Mathias Lerch: **Familie und Eingliederung von Jugendlichen aus der Migration.**

Yves Flückiger (Département d'économie politique, Université de Genève), Sophia Dini, Jean-Marc Falter: **Kinderarmut in der Schweiz und soziale Mobilität zwischen den Generationen.**

Heinz Moser (Pädagogische Hochschule Zürich), Heinz Bonfadelli, Zeliha Aktas, Mustafa Ideli, Priska Bucher, Christina Hanetseder, Thomas Hermann: **Mediennutzung und kultureller Hintergrund: Medien im Alltag von Kindern und ihren Eltern.**

Weitere Referenzen

Familienbericht 2004: Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Eidg. Departement des Innern, Bern, 2004.

Schweizer Kinder- und Jugendmanifest 2006: Damit Kinder und Jugendliche die Gesellschaft von heute und morgen mitgestalten können. Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, Bern, 2006.

Christiane Perregaux (Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation, Université de Genève), Nilima Changkakoti, Myriam Gremion, Valérie Hutter, Gladys Lecomte Andrade: **Welche Veränderungen kann die Einschulung des Erstgeborenen in einer Immigrantenfamilie hervorrufen?**

Regina T. Riphahn (Dept. of Economics, Universität Erlangen, D), Philipp Bauer: **Schul- und Arbeitsmarkterfolge bei jungen Zuwanderern der zweiten Generation und bei jungen Schweizern: die Bedeutung der Eltern.**

Philippe Wanner (Laboratoire de démographie et d'études familiales, Université de Genève), Werner Haug, Alexis Gabadinho, Laurence Charton: **Die Lebensumstände von Kindern: von der Geburt bis zum Verlassen des Elternhauses.**

Prävention von Jugendgewalt: Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Manuel Eisner, Denis Ribeaud und Stéphanie Bittel, Eidg. Ausländerkommission EKA, Bern, 2006.

Lehrlingsselektion in KMU – Kurzbericht März 2007. Christian Imdorf, Heilpädagogisches Institut der Universität Freiburg, Freiburg, 2007.

4

Chancengleichheit unter Kindern und Jugendlichen

Erkenntnisse aus dem NFP 52 – Impulse und Vorschläge für die Politik

Die Idee, dass alle die gleichen Chancen haben sollen, ist einer der zentralen Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut. Die Bundesverfassung hält fest, dass der Zweck der Eidgenossenschaft unter anderem darin besteht, für eine möglichst grosse Chancengleichheit zu sorgen (Art. 2 Abs 3 BV). Besonders wichtig ist die Chancengleichheit unter Kindern und Jugendlichen, weil sich Benachteiligungen in dieser Lebensphase ungünstig auf das ganze spätere Leben auswirken können. Die Chancengleichheit für Kinder ist denn auch eines von vier zentralen Motiven der schweizerischen Familienpolitik.

Kinder und Jugendliche, die in der Schweiz aufwachsen, haben in vielem identische Zukunftschancen. Allerdings zeichnen mehrere Studien, die im Rahmen des NFP 52 durchgeführt wurden, für einzelne Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen ein anderes Bild. Viele Kinder und Jugendliche erfahren Benachteiligungen, weil ihre Familien arm sind, ihre Eltern keine höhere Ausbildung haben, Migranten oder alleinerziehend sind.

4.1 Benachteiligung von Kindern schlecht ausgebildeter Eltern

Bildung ist eine entscheidende Grundlage für die berufliche Zukunft und die wirtschaftliche Integration. Jugendliche mit hohem Bildungsgrad haben bessere Chancen, später beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Deswegen sollten allen Kindern so weit als möglich gleiche Chancen auf höhere Bildung garantiert werden. Die beiden Untersuchungen von Yves Flückiger und Regina Riphahn zeigen auf, dass das Bildungsniveau der Eltern einen starken Einfluss auf den Bildungsweg der Kinder hat, auch wenn andere Einflussfaktoren herausgerechnet werden. Mit anderen Worten haben Kinder von Eltern mit einer tiefen Bildung schlechtere Chancen, selber eine höhere Bildung zu erreichen, als Kinder von Eltern mit hohem Bildungsgrad. Diese neuen Resultate bestätigen frühere Befunde und deuten darauf hin, dass sich die «Bildungsvererbung» hartnäckig hält. Interessanterweise kann Riphahn darlegen, dass diese Ungleichheit der Bildungsschancen desto höher ist, je früher die Kinder zwischen verschiedenen Bildungsoptionen wählen müssen. Je später die Weichen für eine höhere Bildung gestellt werden müssen, desto geringer ist das Ausmass dieser Bildungsvererbung durch die Eltern.

4.2 Benachteiligung von armen Kindern

Kinder, die in Armut leben, haben schlechtere Zukunftschancen als Kinder, die in einem wirtschaftlich gut gestellten Haushalt aufwachsen. Dafür gibt es nach Ergebnissen des NFP 52 hauptsächlich zwei Gründe: die beschränkten Möglichkeiten armer Eltern, in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren, und die geringen materiellen und zeitlichen Ressourcen, die für die Erziehung der Kinder aufgewandt werden können. Yves Flückiger und Philippe Wanner vom Demografielabor der Universität Genf untersuchen in ihren Studien die Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass ein Kind in Armut aufwächst. Die wichtigsten sind die Familienstruktur, der Zivilstand der Eltern und das Alter der Mutter. So kann Flückiger belegen, dass Kinder, die in einem Einelternhaushalt aufwachsen, ein höheres Risiko tragen, ihre Kindheit in Armut zu verbringen. Ähnliches zeigt auch die Studie von Wanner: Kinder von nicht verheirateten Eltern und Kinder von Müttern im Teenageralter haben schon bei der Geburt tiefere Chancen, in einem ökonomisch und sozial gut gestellten Umfeld aufzuwachsen. Gerade im Fall alleinerziehender Mütter scheint die schwierige Vereinbarkeit von beruflichen und erzieherischen Aufgaben dabei eine zentrale Rolle zu spielen. Dazu muss gesagt werden, dass es verschiedene Definitionen von Armut gibt. Je nach Definition schwankt die Zahl der betroffenen Kinder. Flückiger zeigt, dass 20% der Kinder unter mindestens einer von mehreren verwendeten Definitionen als arm gelten. 4% der Kinder in der Schweiz fallen unter jede der verwendeten Definitionen. Das bedeutet, dass 1 von 25 Kindern in der reichen Schweiz in so prekären Verhältnissen lebt, dass es – unabhängig von der verwendeten Definition – als arm gilt.

4.3

Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund

Die Studie von Christiane Perregaux zeigt, dass die Einschulung der Kinder für Migrationsfamilien ein prägendes und bedeutsames Ereignis ist. Die Eltern fühlen sich jedoch oft nicht genügend informiert, und nicht selten entstehen Missverständnisse. Wenn man bedenkt, wie schwer die Entscheide, die in dieser Zeit getroffen werden, für die Zukunft der Kinder wiegen, ist anzunehmen, dass diese mangelnde Integration der Migrationsfamilien ins Schulsystem zu Nachteilen für die Kinder führt.

Regina Riphahn zeigt auf, dass zudem die Einkommensmobilität über die Generationen hinweg bei Migrantinnen und Migranten geringer ist als bei Schweizerinnen und Schweizern. Die diesbezügliche Abhängigkeit vom Elternhaus ist bei Ausländerinnen und Ausländern im Schnitt 30% höher als bei Schweizerinnen und Schweizern. Allerdings variiert die Einkommensmobilität je nach Herkunft und sozialer Schicht. So ist es besonders für Kinder von Spaniern, Portugiesen und Italienern schwerer, später ein höheres Einkommen als ihre Eltern zu erzielen. Ihre Abhängigkeit vom Status der Eltern ist 65% höher als bei Schweizern.

Auch die postobligatorische Ausbildung – z.B. eine Berufsausbildung – ist ein zentraler Faktor für den späteren Erfolg von Kindern und Jugendlichen. In der von Rosita Fibbi untersuchten Gruppe liegt der Anteil der jugendlichen Ausländerinnen und Ausländer ohne postobligatorische Ausbildung je nach Herkunftsland zwischen 29% und 51%. Bei Schweizern dagegen sind es gerade einmal 7%. Diese Unterschiede hängen nicht nur mit der Schulbildung der Jugendlichen und dem Hintergrund der Eltern zusammen. Jugendliche Serbokroaten haben trotz besserer Bildung mehr Mühe auf dem Arbeitsmarkt als jugendliche Portugiesen. Der Grund dafür liegt wohl

in einer ablehnenden Tendenz der Schweizer Bevölkerung, was die Integration der Serbokroaten als Gruppe erschwert. Ihr Recht auf gleiche Chancen ist dadurch eingeschränkt.

Aus dem Blickwinkel der Chancengleichheit verdient der Umstand besondere Aufmerksamkeit, dass es eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen gibt, auf die mehrere benachteiligende Faktoren zutreffen. Es handelt sich dabei um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund (zum Beispiel aus dem ehemaligen Jugoslawien), die zudem in ärmeren und eher bildungsfernen Verhältnissen aufwachsen.

4.4

Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen durch den Föderalismus

Im Föderalismus unterscheiden sich Gesetzgebung und Praxis in gewissen, für Kinder und Jugendliche relevanten Bereichen zwischen den Kantonen. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass Kinder unterschiedliche und teilweise schlechtere Zukunftschancen haben, einzig weil sie in einem anderen Kanton aufwachsen. So ist zum Beispiel der Bereich der Bildung, der für die Entwicklung entscheidend ist, in der Schweiz zu massgeblichen Teilen kantonal geregelt. Wie bereits erläutert, geht aus dem Forschungsprojekt von Regina Riphahn hervor, dass die Bildungsmobilität höher ist, wenn die Weichen für eine höhere Ausbildung später gestellt werden. Das heisst konkret, dass die Chancen für Kinder von Eltern mit einem tieferen Bildungsgrad in den Kantonen höher sind, in denen die Entscheidung für den Besuch einer Mittelschule aufgrund des Schulsystems später fällt.

Ein weiterer Aspekt der Ungleichheit zwischen den Kantonen ist die Vollzugpraxis zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen. Peter Voll von der Hochschule für Soziale Arbeit Lu-

zers zeigt, dass Zahl und Art der Massnahmen je nach Kanton beträchtlich variieren, ohne dass dafür demografische Faktoren verantwortlich gemacht werden können. So ist im Kanton Neuenburg für 4,3% aller Kinder eine Massnahme verzeichnet, im Kanton Uri dagegen ist dies nur für 0,3% der Fall. Auch die Art der angewandten Massnahmen variiert stark: In den Kantonen Uri, Appenzell Innerrhoden, Jura, Aargau oder St. Gallen wird in den allermeisten Fällen ein Beistand berufen. Dagegen sind im Tessin vor allem Ermahnungen und Weisungen an die Eltern, im Thurgau oder in Genf wiederum sehr viele Obhutsentzüge verzeichnet. Die Gründe dafür ortet Voll in der Struktur des Vormundschaftswesens. Zum Beispiel neigen Behörden kleiner Gemeinden mit wenigen Fällen zu restriktiveren Massnahmen als Behörden mit grossem Einzugsgebiet. Erstaunlich ist, dass in 70% der Fälle, in denen eine Kinderschutzmassnahme gesprochen wird, keine direkte Gefährdung des Kindeswohls vorliegt, sondern ein Konflikt zwischen den Eltern.

Vorschläge für eine Politik, welche die Chancengleichheit realisiert

Die Forschung belegt, dass die Chancen von Kindern und Jugendlichen desto weniger abhängig vom elterlichen Bildungsgrad sind, je später sie Entscheide zu den weiterführenden Schulen treffen müssen. Um diese Praxis zu fördern, geht die von der Eidg. Erziehungsdirektorenkonferenz in Art. 5, Abs. 3 des Harnos-Konkordats vorgesehene Regelung, die nun in allen Kantonen umgesetzt werden soll, in die richtige Richtung.⁵

Zu prüfen wäre, ob die bewährte Beistandschaft im Sinne von Art. 308 ZGB in jedem Fall geeignet ist, Kinder vor Elternkonflikten zu schützen. Die eidgenössischen Räte könnten prüfen, ob in der Gesetzgebung weitere ergänzende Institute verankert werden sollten.

Es gibt Hinweise darauf, dass die schwierige Vereinbarkeit von beruflichen und erzieherischen Aufgaben insbesondere für alleinerziehende Eltern einen Risikofaktor für Armut und damit für die Bildungschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen darstellt. Diese Kinder und Jugendlichen könnten indirekt unterstützt werden, wenn die Kantone eine Koordinationsfunktion für die Angebotsplanung der familienergänzenden Betreuungsplätze übernehmen würden.

Die Forschung zeigt, dass die Chancen der Kinder und Jugendlichen im Bildungswesen vom familiären Umfeld geprägt sind. Um die Chancen von Kindern und Jugendlichen aus Migrationsfamilien zu stärken, sollten Gemeinden vermehrt mit gezielten Massnahmen in die Integration der ausländischen Eltern von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen investieren.

Kinder und Jugendliche aus tieferen Einkommensschichten haben schlechtere Chancen auf eine höhere Bildung. Diese Benachteiligung könnte durch die Prüfung des Ausbaus der kantonalen Stipendienwesen angepackt werden.

Die Praxis in Bezug auf die Anwendung der Kinderschutzmassnahmen variiert offenbar in den Kantonen. Eventuell könnte der Bund eine teilweise Harmonisierung der Vormundschaftsorganisation prüfen. Zusätzlich könnte darauf geachtet werden, dass das Einzugsgebiet einer Behörde gross genug ist, um damit Erfahrung im Umgang mit Fällen von Kinderschutzmassnahmen zu gewinnen.

Die Forschung belegt, dass Kinder und Jugendliche aus Migrationsfamilien, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien, schlechtere Chancen auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt haben. Diesen diskriminierenden Hindernissen könnte durch vermehrte Sensibilisierung der Lehrstellenbetriebe begegnet werden. Eine Studie im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 51, Integration und Ausschluss, empfiehlt insbesondere die Sensibilisierung der KMU durch positive Praxiserfahrungen in Form von Praktika für Benachteiligte und die Beförderung von Mitarbeitenden mit Benachteiligungshintergrund zu Berufsbildnern. Daneben könnten auch Konsumenten sowie Berufs- und Branchenverbände die Diskriminierungen auf dem Lehrstellenmarkt thematisieren.⁶

⁵ «Der Übergang zur Sekundarstufe II erfolgt für den Bereich der Berufsbildung nach dem 11. Schuljahr, für die gymnasialen Maturitätsschulen in der Regel nach dem 10. Schuljahr.» Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule. Vernehmlassungsfassung vom 19. Januar 2006.

⁶ Lehrlingsselektion in KMU – Kurzbericht März 2007. Christian Imdorf, Heilpädagogisches Institut der Universität Freiburg, Freiburg, 2007.

Referenzen

Projekte im Rahmen des NFP 52

Rosita Fibbi (Forum für Migrations- und Populationsstudien, Université de Neuchâtel), Claudio Bolzman, Mathias Lerch: **Familie und Eingliederung von Jugendlichen aus der Migration.**

Yves Flückiger (Département d'économie politique, Université de Genève), Sophia Dini, Jean-Marc Falter: **Kinderarmut in der Schweiz und soziale Mobilität zwischen den Generationen.**

Christiane Perregaux (Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation, Université de Genève), Nilima Changkakoti, Myriam Gremion, Valérie Hutter, Gladys Lecomte Andrade: **Welche Veränderungen kann die Einschulung des Erstgeborenen in einer Immigrantenfamilie hervorrufen?**

Regina T. Riphahn (Dept. of Economics, Universität Erlangen, D), Philipp Bauer: **Schul- und Arbeitsmarkterfolge bei jungen Zuwanderern der zweiten Generation und bei jungen Schweizern: die Bedeutung der Eltern.**

Peter Voll (Hochschule für Soziale Arbeit, Luzern), Christoph Häfeli, Martin Stettler, Andreas Jud, Eva Mey, Eric Paulus, Donatella Morigi Pahud, Swetha Rao Dhananka: **Wenn Kinder mit Behörden gross werden: zivilrechtlicher Kinderschutz im Alltag.**

Philippe Wanner (Laboratoire de démographie et d'études familiales, Université de Genève), Werner Haug, Laurence Charton, Alexis Gaba-dinho: **Die Lebensumstände von Kindern: von der Geburt bis zum Verlassen des Elternhauses.**

Weitere Referenzen

Bericht über die Legislaturplanung 2003–2007: Die Strategie des Bundesrates. Eidg. Bundeskanzlei, Bern, 2004.

Familienbericht 2004: Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Eidg. Departement des Innern, Bern, 2004: Seiten 15, 95: Die Chancengleichheit für Kinder ist eines von vier zentralen Motiven der schweizerischen Familienpolitik.

Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989.

Erster Bericht der schweizerischen Regierung zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 1. November 2000.

5

Generationensolidarität

Erkenntnisse aus dem NFP 52 – Impulse und Vorschläge für die Politik

Die Solidarität zwischen den Generationen ist ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft. Durch demografische und gesellschaftliche Entwicklungen sind die Generationenbeziehungen in starkem Wandel begriffen. Die Lebensdauer der Menschen verlängert sich und damit auch die Zeit, die zum Beispiel Enkel mit ihren Grosseltern teilen. Gleichzeitig werden immer weniger Kinder geboren, was wiederum bedeutet, dass eine Drei- oder Viergenerationenfamilie insgesamt aus weniger Menschen besteht als früher. Die Solidarität unter Generationen kann nur aufrechterhalten werden, wenn diese Umbrüche in allen Facetten erfasst werden. Die Studien des NFP 52 haben einige davon untersucht. Aus ihnen geht hervor, dass die Generationensolidarität finanziell und in Bezug auf die Betreuung der Kinder und der Hochaltrigen vor massiven Herausforderungen steht.

5.1 Die Generationenstruktur des Erbens

Das Erben war in der Schweiz nie zuvor so verbreitet wie heute: Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung haben geerbt oder erwarten ein Erbe. Die höhere Lebenserwartung führt dazu, dass die Erben zunehmend selber schon älter sind. Dies führt zu einer Vermögenskonzentration in der Rentnergeneration. Heidi Stutz vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) hat das Erben in der Schweiz unter Berücksichtigung der Generationenbeziehungen analysiert und ist zum Ergebnis gekommen, dass Erben in der Schweiz nie zuvor so verbreitet wie heute war. Im Jahr 2000 wurden in der Schweiz rund 28,5 Milliarden Franken vererbt. Damit erben die Schweizer Haushalte mehr, als sie selber an Vermögen aufbauen. Allerdings erhalten die zehn Prozent der Erben mit den höchsten Erbsummen gemeinsam drei Viertel der Gesamterbsumme; ein Drittel der Bevölkerung erbt gar nie. Trotzdem vergrössert das Erben die soziale Ungleichheit nicht. Die Vermögensverteilung sähe ohne Erben nicht anders aus. Auffallend ist jedoch, dass heute nur die Hälfte der Erbschaften an Personen geht, die jünger als 55 Jahre sind. 1980 waren es noch zwei Drittel, 2020 wird es ein blosses Drittel sein. Das bedeutet, dass das Erbe immer seltener für den Aufbau der eigenen beruflichen Existenz und die Familie verwendet werden kann. Dies wird heute eher durch Schenkungen zwischen lebenden Generationen geleistet.

5.2 Betreuungsleistungen zwischen den Generationen

Kinder, Menschen mit Behinderung und Hochaltrige sind auf Betreuung, Pflege oder Unterstützung angewiesen. In der Schweiz wird diese Leistung oft innerhalb der Familie erbracht und ist damit ein wichtiger gelebter Aspekt der Generationensolidarität. Der Politologe Dietmar Braun hat die verschiedenen politischen Systeme der Betreuung und Unterstützung, die in der Schweiz existieren, untersucht. In der Schweiz ist die Betreuung und Unterstützung aufgrund des geltenden Subsidiaritätsprinzips mehrheitlich im familiären Bereich angesiedelt. In der Praxis heisst das, dass vor allem Frauen sich um Kinder, Menschen mit Behinderungen und Hochaltrige kümmern. Gleichzeitig haben sich unterschiedliche Modelle ausgebildet, wie der Staat mit dieser Situation umgeht. Diese unterscheiden sich je nach Region oder zwischen Stadt und Land stark. Während in den einen Teilen der Schweiz die Familie bei der Pflege alleingelassen wird, die staatlichen Hilfen knapp und oft stigmatisierend sind, beteiligen sich in anderen Gebieten der Staat oder soziale Gruppierungen gleichermaßen daran. Da in unserer Gesellschaft die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen zunimmt und atypische Arbeitszeiten häufiger werden, ist die Familie einer wachsenden Belastung ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund kann festgestellt werden, dass die erforderlichen Voraussetzungen der Betreuung von Familienmitgliedern, gerade älterer Generationen, im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu wenig thematisiert werden. Es besteht ein Sensibilisierungs- und Koordinationsbedarf.

5.3

Gegenseitige Erwartungen der Generationen

Generationensolidarität und Generationenbeziehungen sind von gegenseitigen Bildern und Erwartungen geprägt. Falsche Erwartungshaltungen einer Generation gegenüber einer anderen, aber auch lückenhafte und falsche Vorstellungen über eine spezifische Generation – zum Beispiel die Kinder – sind der Generationensolidarität im Endeffekt abträglich. Der Pädagogikprofessor Jürgen Oelkers untersucht in seinem Projekt mittels einer Inhaltsanalyse 5000 Aussagen über Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen und 160 Gemälde aus der Zeit zwischen 1884 und 2000. Es zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche in vier Fünfteln der Fälle innerhalb von Generationenbeziehungen dargestellt werden. Die Darstellungen gewisser Vorstellungen von Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen verändern sich mit dem historischen Kontext. So werden Kinder in wirtschaftlich guten Zeiten eher als wichtig für die Gesellschaft angesehen. Sie werden in Diskursen und auf Bildern als vollkommen und autonom dargestellt und es wird ihnen viel zugetraut. In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten werden sie dagegen eher von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Sie werden vermehrt als schutzbedürftig bezeichnet und es werden entsprechende Altersgrenzen definiert.

Die Archäologin Brigitte Röder beschäftigt sich mit den Bildern und Vorstellungen von Kindern und Jugendlichen. In ihrem multidisziplinären Forschungsprojekt stellt sich heraus, dass in der Archäologie generell ein rudimentäres Bild von Kindheit vorherrscht. Oft werden Darstellungen verwendet, die suggerieren, dass unser gegenwärtiges Bild der Kinder und der Generationenbeziehungen ein «natürliches» sei, weil es mit einem Urzustand übereinstimme. Dabei ist dieses Verständnis kulturell bedingt.

Auch in den alltäglichen Generationenbeziehungen sind die bestehenden Erwartungen zu überprüfen. François Höpflinger vom Universitären Institut «Alter und Generationen» untersucht die intergenerationellen Beziehungen zwischen Teenagern und ihren Grosseltern. Zwar wird die Beziehung zu einem Grossvater oder einer Grossmutter von rund der Hälfte der befragten Jugendlichen als sehr wichtig eingestuft. Aber die Erwartungen, welche die Jugendlichen an die Grosseltern stellen, sind – was den Alltag anbelangt – bescheiden. Sie wünschen sich Grosseltern, die einfach da sind. Eine Einmischung in das private Leben oder die Freizeitgestaltung lehnen gemäss Höpflinger die meisten Jugendlichen ab. Dies muss auch bei der Förderung der nichtfamiliären Generationenbeziehungen – zum Beispiel durch Freiwilligenarbeit älterer Menschen in Schulen oder durch so genannte Wahl-grosselternschaft – beachtet werden.

5.4

Wertevermittlung zwischen den Generationen

Die Vermittlung von Werten der älteren zur jüngeren Generation ist ein wichtiger Aspekt der Generationenbeziehungen. Im Rahmen des NFP 52 haben sich zwei Studien damit beschäftigt. Der Erziehungswissenschaftler Fritz Oser hat untersucht, welche Unterschiede innerhalb von Dreigenerationenfamilien bezüglich verschiedener Werte bestehen. Er zeigt auf, dass Grosseltern in der Erziehung oft kompensierend zu den Eltern wirken. Grosseltern sind eher streng, wenn die Eltern sich grosszügig zeigen, und umgekehrt sind sie selber grosszügig, wenn die Eltern Strenge zeigen. Es kann nicht generell gesagt werden, welche beiden Generationen bezüglich ihrer Werte am meisten miteinander übereinstimmen. Die Muster sind vielfältig: Einmal stimmen die Grosseltern mit den El-

tern überein, dann eher mit den Kindern. Auf jeden Fall sind aber die Enkelkinder mit den Grosseltern stark verbunden. Diese Verbundenheit nimmt seitens der Enkel jedoch ab dem zwölften Altersjahr ab, während sie seitens der Grosseltern erhalten bleibt.

Die Theologen Christoph Morgenthaler, Maurice Baumann und Christoph Müller untersuchen die Funktion und die Bedeutung von Familienritualen, speziell bei der Tradierung von Werten. Ihre Studie zeigt, dass familiäre Rituale Orte intergenerationeller Beziehungen und Solidarität sind und dass durch sie Werte, Normvorstellungen, Rollen, Formen der Lebenspraxis und kulturelle Bestände weitergegeben werden. Das Forschungsteam untersuchte gezielt Taufe, Weihnachten und tägliche Abendrituale. Das Ritual der Taufe und die Frage, welche Werte auf diesem Weg dem Kind mitgegeben werden sollen, lösen in den Eltern Fragen ihrer eigenen religiösen Sozialisation aus. Taufe und Weihnachten werden oft als eigentliche Familienfeiern gestaltet – mit Kindern, Eltern und Grosseltern – und verbinden alle Generationen. Bei Gute-Nacht-Ritualen dagegen sind die Grosseltern im Normalfall nicht anwesend, es handelt sich um ein Ritual der Kernfamilie. Jedoch wird es über Generationen weitergegeben, indem die Eltern die gleichen Geschichten erzählen und die gleichen Lieder singen, die sie bereits als Kind von ihren Eltern gehört haben. Die Untersuchungen zeigen, dass Rituale auch in neuen Formen familiären Zusammenlebens wichtig bleiben und dazu beitragen, Werte im Zusammenleben der Generationen weiterzugeben. Durch höheren Zeitdruck und traditionelle Rollenteilungen sind die Väter bei täglichen Ritualen seltener präsent als die Mütter.

Vorschläge für eine Politik, welche die Generationensolidarität stützt

Es gibt Hinweise darauf, dass das Erbrecht auf eine Teilrevisionsbedürftigkeit hin überprüft werden sollte. Insbesondere wäre eine gewisse Flexibilisierung des Pflichtteilsrechts in Erwägung zu ziehen.

Familien sind in der Schweiz aufgrund der unterschiedlichen regionalen Systeme der Betreuung unterstützungsbedürftiger Personen je nach Wohnort und Familiensituation stark belastet. Die Kantone und das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) könnten das Thema von Betreuung, Pflege und Unterstützung im Rahmen der Generationensolidarität systematisch aufgreifen und den Austausch von Erfahrungen zwischen Regionen und Institutionen (auch privaten) fördern.

Die Generationen stellen zum Teil falsche Erwartungen aneinander. Bei dem Aufbau und der Weiterentwicklung einer Generationenpolitik für die Schweiz sollten die eidgenössischen Räte und die involvierten Bundesbehörden diese Erwartungshaltungen berücksichtigen und die Wertevermittlung zwischen den Generationen unterstützen.

Knappe Familienzeit und traditionelle Rollenteilungen in der Familie können dazu führen, dass Väter zu wenig aktiv an familiären Ritualen teilnehmen. Das Vorleben einer egalitären Partnerschaft ist eine wichtige Funktion der Familienrituale, die ohne die Präsenz beider Eltern nicht möglich ist. In der Familienpolitik könnte das Gewicht der gemeinsamen Zeit für die Familie stärker berücksichtigt werden.

Referenzen

Projekte im Rahmen des NFP 52

Dietmar Braun (Institut d'études politiques et internationales, Université de Lausanne), Olivier Giraud, Monica Battaglini, Barbara Lucas, Jenny Maggi, Abdoul Dieng: **Politische Modelle in der Schweiz für den Unterhalt und die Betreuung von unterstützungswürdigen Personen.**

François Höpflinger (Universitäres Institut «Alter und Generationen», IUKB Sion), Cornelia Hummel, Valérie Hugentobler, David Perrenoud, Andrea Porrini, Christina Ferreira: **Grosseltern in einer dynamischen Gesellschaft – wie erleben Enkelkinder und Grosseltern diese Beziehung?**

Christoph Morgenthaler (Institut für Praktische Theologie, Theologische Fakultät, Universität Bern), Maurice Baumann, Christoph Müller, Claudia Graf, Marianne Kramer, Roland Hauri-Bill, Sabine Zehnder, Kurt Schori, Urs Winter, Alfred Dubach, Thomas Englberger: **Gute-Nacht-Geschichten und mehr? Familien brauchen Rituale.**

Jürgen Oelkers (Pädagogisches Institut, Universität Zürich), Monika Wicki: **Was die Beziehungen zwischen Jung und Alt bestimmt.**

Fritz Oser (Departement Erziehungswissenschaften, Universität Freiburg), Wolfgang Althof, Tomas Bascio, Ronnie Blakeney, Ruth Schweizer, Angélique Ambühl: **Vermitteln Grosseltern ihren Enkeln Werte in unterschiedlicher Weise als Eltern ihren Kindern?**

Brigitte Röder (Institut für Prähistorische und Naturwissenschaftliche Archäologie, Universität Basel), Brigitta Hug, Brigitte Lohrke: **Grundlagen für eine archäologische Kindheitsforschung.**

Heidi Stutz (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien, BASS), Tobias Bauer, Susanne Schmutz: **Erben in der Schweiz – auch ein Aspekt der Generationenbeziehung.**

Publikationen aus dem NFP 52

Themenhefte des NFP 52

Das NFP hat im Zusammenhang mit einer Veranstaltungsreihe drei Themenhefte herausgegeben, in denen Forschende ihre Resultate präsentieren. Beiträge aus der Praxis ergänzen die wissenschaftlichen Darstellungen und verorten deren Ergebnisse im Hinblick auf die Umsetzung.

Antisoziales Verhalten bei Kindern, psychosoziale Risiken von Jugendlichen: Was bringt Prävention und Beratung? (2006)

Welcher Kitt hält die Generationen zusammen? (2006)

L'impact de la migration sur les enfants, les jeunes et les relations entre générations (2006)

Die Themenhefte stehen als PDF zum Download bereit unter www.nfp52.ch.

Schlussberichte des NFP 52

Generationenbericht Schweiz

Hrsg.: Pasqualina Perrig-Chiello, François Höpflinger, Martin Kohli und Christian Suter.

Mit Beiträgen von Philippe Wanner und Stephan Wolf
Geplanter Erscheinungstermin: Frühjahr 2008.

Deutsche und französische Fassung.

Der Generationenbericht umfasst einerseits eine generationenbezogene Synthese der Forschungsergebnisse, die im Rahmen des NFP 52 erzielt wurden. Andererseits werden zusätzliche Datenanalysen durchgeführt, um die Ergebnisse des NFP 52 bezüglich wichtiger Generationenaspekte wie z.B. Generationen in Politik und Wirtschaft zu ergänzen.

Kindheits- und Jugendbericht Schweiz

Hrsg.: Franz Schultheis, Pasqualina Perrig-Chiello und Cléopâtre Montandon. Unter Mitarbeit von Marlis Buchmann, Monika Budowski, Erwin Zimmermann und Stephan Egger.

Geplanter Erscheinungstermin: Juni 2008.

Deutsche und französische Fassung.

Im Rahmen der Schlussberichterstattung des NFP 52 wird ein Kindheits- und Jugendbericht für die Schweiz erarbeitet. Der Bericht bietet nicht nur eine Zusammenfassung der diesbezüglichen Forschungsergebnisse des NFP 52, sondern stellt darüber hinaus ergänzende Daten zu Kindheit und Jugend des Bundesamtes für Statistik, des Schweizer Haushaltspanels und des Zürcher Kinder- und Jugendsurveys zur Verfügung.

Publikationen aus einzelnen Forschungsprojekten

(Auswahl; eine aktualisierte und vollständige Übersicht findet sich auf www.nfp52.ch)

Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum?

Heinz Bonfadelli und Heinz Moser (Hrsg.), 370 Seiten, ISBN 987-3-531-15129-8, VS Verlag Wiesbaden, 2007.

Kinder in unterschiedlichen Familienformen.

Wie lebt es sich im egalitären, wie im traditionellen Modell?

Margret Bürgisser und Diana Baumgarten, 160 Seiten, ISBN-10: 3-7253-0855-1, Verlag Rüegger Zürich/Chur, 2006.

Zur sozialen Entwicklung von Kindern. Das Zürcher Interventions- und Präventionsprojekt an Schulen (zipps)

Manuel Eisner, 240 Seiten, ISBN 978-3-7253-0880-4, Verlag Rüegger Zürich/Chur, 2007.

Enkelkinder und ihre Grosseltern.

Intergenerationelle Beziehungen im Wandel

François Höpflinger, Cornelia Hummel und Valérie Hugentobler, 124 Seiten, ISBN 3-03777-041-4, Seismo Verlag Zürich, 2006.

Krippen und Tagesfamilien in der Schweiz.

Aktuelle und zukünftige Nachfragepotentiale

Susanne Stern, Silvia Banfi und Sergio Tassinari, 182 Seiten, ISBN 3-258-06996-4, Haupt Verlag Bern, 2006.

Erben in der Schweiz.

Eine Familiensache mit volkswirtschaftlichen Folgen

Heidi Stutz, Tobias Bauer und Susanne Schmutz, 288 Seiten, ISBN: 978-3-7253-0859-0, Verlag Rüegger Zürich/Chur, 2007.

Demografische Indikatoren der Kindheit und der Generationenbeziehungen

Philippe Wanner, 36 Seiten, ISBN 3-303-01219-9, Bundesamt für Statistik (Hrsg.) Neuchâtel, 2006.

Broschüren, Kurzfassungen

Rituale in Familien:

Religiöse Bezüge und intergenerationelle Bezüge

Institut für Praktische Theologie, Universität Bern (2007)

Broschüre als PDF unter www.nfp52.ch

Mobbing im Kindergarten. Beschimpft, geplatzt und ausgelacht

Françoise D. Alsaker, Christoph Nägele und Stefan Valkanover, Institut für Psychologie, Abteilung Entwicklungspsychologie, Universität Bern (2005)

Broschüre als PDF unter www.praevention-alsaker.unibe.ch

Wie viele Krippen und Tagesfamilien braucht die Schweiz?

Kurzfassung der Studie des Forschungsprojektes «Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung in der Schweiz» (2005)

Broschüre als PDF unter www.nfp52.ch

Die Forschungsprojekte des NFP 52 auf einen Blick

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Forschungsprojekten des NFP 52 und ihren Ergebnissen finden sich auf der Website www.nfp52.ch.

Neue Daten zu den Lebensverhältnissen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in der Schweiz

Kontext und Kompetenz:

Schweizer Survey für Kinder und Jugendliche.

Prof. Marlis Buchmann, buchmann@soziologie.unizh.ch, Jacobs Center for Productive Youth Development, Universität Zürich
Prof. Helmut Fend, fend@paed.unizh.ch, Pädagogisches Institut, Universität Zürich

Die Lebensumstände von Kindern: von der Geburt bis zum Verlassen des Elternhauses.

Prof. Philippe Wanner, philippe.wanner@ses.unige.ch, Laboratoire de démographie et d'études familiales, Université de Genève

Juristische und ökonomische Aspekte

Kinder und Scheidung – Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiale Übergänge.

Prof. Andrea Büchler, andrea.buechler@rwi.unizh.ch, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich
Dr. Heidi Simoni, simoni@mmizuerich.ch, Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Zürich

Pflegefamilien- und Heimplatzierungen in Planung und Vollzug.

Dr. Kurt Huwiler, kurt.huwiler@zkj.ch, Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime, Zürich

Erben in der Schweiz – auch ein Aspekt der Generationenbeziehung.

Heidi Stutz, heidi.stutz@buerobass.ch, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern

Wenn Kinder mit Behörden gross werden: zivilrechtlicher Kindesschutz im Alltag.

Dr. Peter Voll, pvoll@hsa.fhz.ch, Hochschule für Soziale Arbeit, Luzern

Generationenfragen in der Sozial- und Migrationspolitik

Politische Modelle in der Schweiz für den Unterhalt und die Betreuung von unterstützungswürdigen Personen.

Prof. Dietmar Braun, dietmar.braun@unil.ch, Institut d'études politiques et internationales, Université de Lausanne

Familie und Eingliederung von Jugendlichen aus der Migration.

Dr. Rosita Fibbi, rosita.fibbi@unine.ch, Swiss Forum for Migration and Population Studies, Université de Neuchâtel

Kinderarmut in der Schweiz und soziale Mobilität zwischen den Generationen.

Prof. Yves Flückiger, yves.flueckiger@ecopo.unige.ch, Département d'économie politique, Université de Genève

Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung in der Schweiz.

Dr. Rolf Iten, rolf.iten@infras.ch, INFRAS, Zürich

Was die Beziehungen zwischen Jung und Alt bestimmt.

Prof. Jürgen Oelkers, oelkers@paed.unizh.ch,
Pädagogisches Institut, Universität Zürich

Schul- und Arbeitsmarkterfolge bei jungen Zuwanderern der zweiten Generation und bei jungen Schweizern: die Bedeutung der Eltern.

Prof. Regina T. Riphahn,
regina.riphahn@wiso.uni-erlangen.de,
Dept. of Economics, Universität Erlangen, D

Familien als Brennpunkte der Generationenbeziehungen

Rollenteilung in der Familie:**Wenn Papi kocht und Mami am Computer sitzt.**

Dr. Margret Bürgisser, mb.isab@bluewin.ch,
Institut für Sozialforschung, Analyse und Beratung,
Bremgarten

Grosseltern in einer dynamischen Gesellschaft – Wie erleben Enkelkinder und Grosseltern diese Beziehung?

Prof. François Höpflinger, inag@iukb.ch,
Universitäres Institut «Alter und Generationen»,
IUKB Sion

Gute-Nacht-Geschichten und mehr? Familien brauchen Rituale.

Prof. Christoph Morgenthaler,
christoph.morgenthaler@theol.unibe.ch,
Institut für praktische Theologie, Universität Bern

Vermitteln Grosseltern ihren Enkeln Werte in unterschiedlicher Weise als Eltern ihren Kindern?

Prof. Fritz Oser, fritz.oser@unifr.ch,
Departement Erziehungswissenschaften,
Universität Freiburg

Grundlagen für eine archäologische Kindheitsforschung.

Prof. Brigitte Röder, brigitte.roeder@unibas.ch,
Institut für Prähistorische und Naturwissenschaftliche Archäologie, Universität Basel

Psychosoziale Gesundheit

Mobbing im Kindergarten: Entstehung und Prävention.

Prof. Françoise D. Alsaker,
francoise.alsaker@psy.unibe.ch,
Institut für Psychologie, Universität Bern

Zürcher Projekt zur sozialen Entwicklung von Kindern.

Dr. Manuel Eisner,
manuel.eisner@crim.cam.ac.uk,
Institute of Criminology, University of Cambridge, UK

Erziehungsstile und Eltern-Kind-Beziehungen: Wie sie die Gesundheit der Kinder beeinflussen.

Prof. Felix Gutzwiller, gutzwill@ifspm.unizh.ch,
Institut für Sozial- und Präventivmedizin,
Universität Zürich

Psychische Gesundheit und Zugang zur öffentlichen Versorgung: die Sicht von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.

Prof. Christoph Käppler,
kaeppler@ph-ludwigsburg.de,
Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, D

Die Internet-Generation. Ans Netz auch für ärztliche Hilfe?

Dr. Eberhard Scheuer,
scheuer@ehealth-consulting.ch,
Geschäftsstelle eHealth, Universitätsspital Zürich

Häusliche Gewalt aus Sicht von Kindern und Jugendlichen.

Dr. Corinna Seith, cseith@paed.unizh.ch,
Pädagogisches Institut, Universität Zürich

Aspekte des Alltags: Schule und Freizeit

Welche Folgen haben neue Autoritätsformen auf die Entwicklung von Kindern in der Schule und in der Familie?

Prof. Alain Clémence,
alain.clemence@unil.ch, Institut des sciences
sociales et pédagogiques, Université de Lausanne

Was beeinflusst die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schule und in der Gesellschaft?

Prof. Reinhard Fatke, fatke@paed.unizh.ch,
Pädagogisches Institut, Universität Zürich

Leben im Heute und ohne Zukunftssorgen? Kinder und ihr Umgang mit Zeit.

Prof. Walter Leimgruber,
walter.leimgruber@unibas.ch,
Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie, Universität Basel

Mediennutzung und kultureller Hintergrund: Medien im Alltag von Kindern und ihren Eltern.

Prof. Heinz Moser, heinz.moser@phzh.ch,
Pädagogische Hochschule Zürich

Bühnen der Öffentlichkeit: Kinder und Jugendliche setzen sich in Szene.

Dr. Gabriela Muri, gmuri@ipk.unizh.ch,
Institut für populäre Kulturen, Universität Zürich

Welche Veränderungen kann die Einschulung des Erstgeborenen in einer Immigrantenfamilie hervorrufen?

Prof. Christiane Perregaux,
christiane.perregaux@pse.unige.ch,
Faculté de psychologie et des sciences de
l'éducation, Université de Genève

Adressen

Präsidentin der Leitungsgruppe

Prof. Pasqualina Perrig-Chiello
Institut für Psychologie, Universität Bern
Unitobler
Muesmattstrasse 45
3000 Bern 9
Tel. 031 631 36 44 oder 061 331 75 19
pasqualina.perrigchiello@psy.unibe.ch

Programmkoordinatorin

Dr. Stephanie Schönholzer
Schweizerischer Nationalfonds, Abteilung IV
Wildhainweg 3
Postfach 8232
3001 Bern
Tel. 031 308 22 22
sschoenholzer@snf.ch

Umsetzungsbeauftragter

lic. rer. pol. Dominik Büchel
advocacy ag
communication and consulting
Glockengasse 7
4051 Basel
Tel. 061 268 99 99
buechel@advocacy.ch

www.nfp52.ch

